

## Fünf Forderungen an die neue Bundesregierung für einen sozial-ökologischen Wandel

Der sozial-ökologische Wandel von Industrie und Gesellschaft muss das zentrale Projekt der neuen Regierungskoalition im Bund werden. Nur damit lassen sich die Bewahrung der Lebensgrundlagen und konsequenter Klimaschutz als Basis für zukunftsfähiges Wirtschaften und sichere Beschäftigung erreichen. Dazu stellen die IG Metall Bayern und der BUND Naturschutz Bayern fünf zentrale Forderungen für die Koalitionsverhandlungen auf.

### 1. Zukunftsinvestitionen solidarisch finanzieren

- Wir erwarten von der neuen Bundesregierung öffentliche Zukunftsinvestitionen in Höhe von mindestens 500 Milliarden Euro bis 2030. Damit soll auch die Klimawende in den Bereichen Industrie, Energie und Verkehr beschleunigt werden. Schlüsseltechnologien wie Halbleiter, Batteriezellen und grüner Wasserstoff sollen ebenso gefördert werden wie ein intensiver Ausbau von erneuerbaren Energien, Ladesäulen für E-Mobilität, das Schienennetz und der ÖPNV.
- Bei den Zukunftstechnologien soll die Bundesregierung das Ziel verfolgen, geschlossene Wertschöpfungsketten vor Ort zu etablieren. So kann Deutschland Vorreiter werden für den Umbau zu einer klimaneutralen Industrie bei gleichzeitigem Erhalt von industriellen Arbeitsplätzen.
- Im Gegenzug für diese enorme Wirtschaftsförderung soll die Bundesregierung von den Unternehmen verbindliche Beschäftigungszusagen und Quoten für die Ausbildung junger Menschen verlangen. Ebenso müssen die Unternehmen zu Qualifizierungen und Kompetenzentwicklung bei ihren Beschäftigten verpflichtet werden.
- Zur solidarischen Finanzierung dieser Zukunftsinvestitionen sollen jene am meisten beitragen, die aus dem kapitalistischen Wirtschaften mit seinen ökologischen Folgen den größten Nutzen ziehen: Unternehmen und Vermögende.
- Die Schuldenbremse darf kein Hindernis für Zukunftsinvestitionen sein.

### 2. Mehr Anreize für Klimaschutz im Verkehr

- Wir fordern von der neuen Bundesregierung eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik hin zu mehr Anreizen für Klimaschutz und für eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene. Ziel soll eine Verdopplung des Verkehrsanteils der Schiene bei Gütern und Personen bis 2030 sein.
- Für den nötigen Ausbau, die Elektrifizierung und Digitalisierung des Schienennetzes muss ein großes Investitionsprogramm aufgelegt werden.

- Wir plädieren für Abgaben auf klimaschädliche Transporte und Importe. So würde eine am CO<sub>2</sub>-Ausstoß ausgerichtete LKW-Maut wirksam zur Verlagerung des Güterverkehrs beitragen. Ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem würde klimafreundlich produzierte importierte Waren fördern. Die Einnahmen müssen zweckgebunden für die Verkehrswende eingesetzt werden.
- CO<sub>2</sub>-freie Antriebe für alle Verkehrsträger müssen technologieoffen gefördert werden. Bei der E-Mobilität brauchen wir einen Turboausbauplan von E-Ladesäulen.
- Für Konzepte zum industriellen Recycling von Batterien aus der E-Mobilität im Sinne einer Kreislaufwirtschaft soll die neue Bundesregierung ein Förderprogramm auflegen.
- Die neue Bundesregierung soll erhebliche Fördergelder für einen gut ausgebauten, bezahlbaren und dichter getakteten ÖPNV zur Verfügung stellen.

### 3. 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2040

- Die Ablösung fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien ist der Schlüssel für den Weg zu einer klimaneutralen Industrie und Gesellschaft. Die Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien müssen verschärft werden auf mindestens 70 Prozent bis 2030 und 100 Prozent bis 2040.
- Wir fordern von der neuen Bundesregierung die Abschaffung aller unverhältnismäßigen Abstandsregeln bei der Windkraft.
- Die Planungsverfahren für Windkraft und Photovoltaik müssen vereinheitlicht und unter Beachtung von Naturschutzanforderungen erheblich beschleunigt werden.
- Die neue Regierungskoalition muss die Voraussetzungen schaffen für eine dezentrale Bürgerenergieinitiative mit der Beteiligung von Bürgern und Kommunen an Wind- und Solarparks.
- Das Tempo der energetischen Gebäudesanierung soll die neue Bundesregierung durch Förderprogramme mindestens verdoppeln.

### 4. Mehr soziale Sicherheit im Wandel

- Der notwendige ökologische Wandel erhöht das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit. Deshalb müssen die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut werden – auch um die Akzeptanz der Menschen zu gewinnen.
- Wir fordern von der neuen Bundesregierung, den Mindestlohn auf über 12 Euro und die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf bis zu 24 Monate zu erhöhen. Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, u.a. durch die Einbeziehung aller Berufsgruppen.
- Wir werben für die Einführung eines Transformationskurzarbeitergeldes, mit dem Beschäftigte in vom Wandel betroffenen Betrieben eine Qualifizierung und einen Lohnersatz erhalten, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren.



- Für den Schutz von Beschäftigten, Natur und Klima fordern wir Nachbesserungen beim Lieferkettengesetz: Es muss schneller auch für kleinere Betriebe und auch bei mittelbaren Zulieferern gelten. Das Lieferkettengesetz braucht dringend eine zivilrechtliche Haftung im Falle von Verstößen gegen Arbeits- und Umweltstandards bei Zulieferern.

## 5. Mehr Mitbestimmung und demokratische Beteiligung

- Der sozial-ökologische Wandel kann nur gelingen, wenn er auch demokratisch ist. Wir fordern von der neuen Bundesregierung mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte in den Unternehmen bei Fragen der Weiterbildung und der Standortsicherung. Für echte Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten und bei Verlagerungen muss das Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden abgeschafft werden.
- Und wir fordern mehr echte demokratische Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Umweltverbänden und Gewerkschaften an der politischen Willensbildung zur Bewältigung des sozial-ökologischen Wandels.

### Kontakt:

**BUND Naturschutz in Bayern e.V.**  
**Martin Geilhufe (Landesbeauftragter)**

Bauernfeindstr. 23 | 90471 Nürnberg  
Telefon: 0911/8187825

[martin.Geilhufe@bund-naturschutz.de](mailto:martin.Geilhufe@bund-naturschutz.de)  
[www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)

**IG Metall Bezirk Bayern**  
**Timo Günther (Pressesprecher)**

Werinherstr. 79, Gdb. 32a | 81541 München  
Telefon: 089/53 29 49-43

[timo.guenther@igmetall.de](mailto:timo.guenther@igmetall.de)  
[www.igmetall-bayern.de](http://www.igmetall-bayern.de)